

Aufwärts

Bezugspreis:

Erscheint wöchentlich sechs Mal. — Preis monatlich 1.25 und 0.36 Beleggebühr, beim eigenen Postamt bestellt. — Fürs Ausland unter Streifenband 1.95 (inkl. Postgeb.). Preis der Einzelnummer 10 Pf. Postfachkonto Hannover 67 577.

Christliches Tageblatt

mit den Beilagen „Für Herz und Haus“, „Kindergabe“ und „Unser Ziel.“

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Millimeterzeile oder deren Raum 10 Pfennig, Restame 30 Pf. Beilagen unter 35 a je laufend 15 Pf. Schluß der Anzeigenannahme nachmittags 3 Uhr. Postfachkonto Hannover 67 577.

Nr. 132!

Bielefeld-Bethel (Verlagsort Bielefeld), Mittwoch, den 10. Juni 1931.

13. Jahrgang.

Kommt dir ein Schmerz, so halte still,
Und frage, was er von dir will.
Die ew'ge Liebe schickt dir keinen,
Bloß darum, daß du mögest weinen.

Geibel.

Arbeitslosigkeit unser Schicksal?

Von Dr. G. Drescher, Eisenach.

1. Entstehung.

Jeder weiß, daß die Arbeitslosigkeit nicht von heute auf morgen besichtigt werden kann. Für den Uneingeweihten kam sie wohl von ungefähr. Und ein großes Rätsel bleibt es für ihn, daß sie nicht wie alle Naturerscheinungen kometenartig wieder verschwindet.

Wir wissen heute nur zu gut, daß sie eine Dauererscheinung, um das Wort Einrichtung zu vermeiden, geworden ist. Es ist deshalb unsere Pflicht, auch diese Erscheinung zu ergründen. Denn nur so werden wir Mittel und Wege finden können, um wenigstens die größten Schäden zu beseitigen und dem Uebel allmählich auf den Leib zu rücken.

Geschichtlich gesehen müssen wir gestehen, daß die Arbeitslosigkeit als Massenerscheinung unmittelbar zusammenhängt mit der neuesten Entwicklung des Kapitalismus. Vorsichtiger und genauer ausgedrückt, ist die Arbeitslosigkeit ein Produkt der modernen industriellen Entwicklung. Gehen wir also in die Vorzeit des Kapitalismus zurück, etwa ins Altertum, so ist aus zwei Gründen gar nicht an Arbeitslosigkeit zu denken:

1. sind Landwirtschaft und Hausgewerbe als einzige Produktionsstellen ausreichend genug gewesen, um besonderen Ständen als auch dem ganzen Volke hinreichend Nahrung zu verschaffen.

2. gibt es die Sklavenarbeit, die irgendwelche Fürsorge nicht kannte.

Trotzdem fehlt es auch damals nicht an Arbeitsbeschaffungsprogrammen. In Athen wollte Perikles durch seine Kunstbauten allen Schichten der Bevölkerung Arbeit geben. Man versucht sogar nachzuweisen, daß im 5. Jahrhundert v. Chr. in Athen 50 Prozent der Bevölkerung von Almosen gelebt haben. In Rom spricht man schon von einem Proletariat 100 v. Chr. Landlose Leute kamen nach der Stadt, um dort nach Arbeit Umschau zu halten; Gründe: das Bauernlegen der Latifundien. Wir erinnern uns der Getreidependen, die von dem jüngeren Gracchus in Rom verordnet waren, neben den anderen öffentlichen Spenden, wie wir sie von Athen her kennen; die erste Art einer Erwerbslosenunterstützung. Auch Cäsar versucht zu helfen: er will eine ordentliche Armenpflege einrichten, er gründet das erste Wohlfahrtsamt der Stadt Rom. Aber er sieht nur die Symptome einer viel tieferliegenden Ursache, diese, die oben erwähnte Latifundienwirtschaft, bekämpft er nicht. Und so hatte die römische Stadt damals rund eine halbe Million Menschen zu kleiden und zu ernähren: Ausgesteuerte!

Im Mittelalter schien die Not wieder etwas gehoben. Um 1000 n. Chr. herrschte ein festgefügttes Lehnswesen vor. Alles schien „fest eingestuft“, um im heutigen Beamtendeutsch zu sprechen. Dazu kamen die Ideale des Christentums und der Krummstab, der sie zu hüten wußte. Freilich müssen wir uns auch davor hüten, die Harmonie, die wir in den mittelalterlichen Baustilen sehen, auf die sozialen Verhältnisse der Menschen, etwa der Gotik, zu übertragen. Das zeigt sich schon im 14. und 15. Jahrhundert. Wir brauchen nur an die Reden der Reformatoren zu denken. Eine Erholung und ein Aufatmen scheint uns die Renaissance zu geben. Das eine große Glück bot damals die Mutter Deutschland ihren Kindern: Land und Raum.

Ganze und deutscher Ritterorden arbeiteten vor: Kolonisation des Ostens; gewiß ein uns vertrautes Wort! Im 16. Jahrhundert machte sich jedoch eine eigenartige Ausdehnung des Großgrundbesitzes bemerkbar. Sie soll ihren Grund haben in der Höherbewertung der Wolle und damit Ueberhandnehmen der Schafzucht. Den Bauern geht es schlecht, sie werden verdrängt, rotten sich zusammen und machen schließlich Revolution: Bauernkrieg. In der Stadt hat sich zugleich ein blühendes Handwerk entfaltet. Stadtwirtschaft, Zünfte, des Handwerks goldener Boden sprechen ihre eigene Sprache.

Was bringt uns die neue Zeit? Noch vor dem rein kapitalistischen Zeitalter? Wir müssen hier vorsichtig sein, denn Uebergänge, Vorerscheinungen und Hinweise zum Kapitalismus haben wir bereits im obengenannten Bauernlegen des 16. Jahrhunderts und deutlichere Anzeichen noch in dem gutsherrlich-bäuerlichen Verhältnis

der folgenden Jahrhunderte. Welch trostloses Bild bietet uns der 30-jährige Krieg mit all seinen Begleiterscheinungen! Das typische Bild allüberall seit dieser Zeit: man wird das „Gefindel“, die Armen, nicht wieder los! Was tut man dagegen? Zuerst hängt man sie auf, zumindest: man bestraft sie. Ein Helfen gibt es nicht, denn die Stadt und dann der Staat sind selbst hilfsbedürftig und machtlos. Man unterstützt sie noch nicht einmal.

Erst die Armengesetze Elisabeths von England und die allüberwachende Fürsorge des Merkantilismus weisen neue Wege der Unterstützung und der positiven Hilfe des Staates: die erste Art der produktiven Erwerbslosenfürsorge.

Wir treten in das kapitalistische Zeitalter ein: der Liberalismus kommt zur Geltung. Ein absoluter Selbstbestimmungswille tritt an die Stelle einer staatlichen Leitung und Fürsorge, die Kennzeichen des merkantilen Systems. Wir wissen, daß die liberale Bewegung von England ihren Ausgangspunkt nimmt und sich dort genug Leute fanden, Prominente würden wir sagen, die dieses neue System theoretisch in den Himmel hoben. Was kann man nicht auch alles von der freien Entfaltung der Kräfte erwarten! Wie herrlich weit wir gekommen, erleben wir ja heute: Vor allem Arbeitslosigkeit sei überhaupt hinfällig. Wen schon, dann hätte sie doch der Arbeiter selbst verschuldet. Etwa, wie Robert Malthus meint, durch Ueberbevölkerung.

Wie ganz anders war doch die Wirklichkeit! Wir stehen sogar vor dem Rätsel der unverdienten Arbeitslosigkeit. Ueberall finden wir die freie Wirtschaft: Die Zünfte werden aufgelöst, die Bauern befreit, Gewerbefreiheit und Freizügigkeit auf der ganzen Linie. Dazu noch die neuen Verkehrsmittel. Also Arbeit genug: vom Lande wandern sogar die Bauern in die Stadt, die industrielle Armee marschiert, Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Aber

nicht Hand in Hand, sondern getrennt oder immer getrennt. Zwischen beiden geht ihren besondern Weg die Erfindung: die Maschine läuft. Es geht immer schneller. Sie erlegt so viele Menschen. Wer nicht mitlaufen kann, bleibt am Wegrand liegen. So wird der Siegeszug der Technik vielen zum Todeszug menschlichen Strebens und menschlicher Hoffnung. Die Resignation, die heute nach dem Weltkrieg wieder in uns wachgeworden, die Materie hat gesiegt, unser Herz ist matt, unser Geist aber will weiter. Er will oder es will. Wüssen wir weiter mitlaufen oder wollen wir doch noch einen andern Weg einschlagen?

Bei der Entstehung der Arbeitslosigkeit, zu der wir auch die zu schnelle Rationalisierung rechnen müssen, ein unbedachtes Uebertragen amerikanischer auf deutsche Verhältnisse — etwa im Gegensatz zu Frankreich — müssen wir noch eine andere, überpersönliche Macht erwähnen. Es gab nicht allein industrielle Reservearmeen, es stellte sich nicht nur Arbeitsmangel ein, es gibt auch heute noch Konjunkturschwankungen, Krisen, die in bestimmten Zeitabschnitten auftreten. Heute jedoch leben wir in einer Dauerkrise. Und das ist gerade das Tragische und sich selbst Richtende an dem ganzen kapitalistischen System: daß es die arbeitswilligen Menschen zur Arbeitslosigkeit verdammt. Wir müssen hier bewußt den Finger an die Wunde legen, die sich der Kapitalismus selbst beigebracht. Wir wissen noch nicht, ob er jetzt daran zugrunde geht. Seine Uhr scheint abgelaufen, wie auch Sombart und andere Wirtschaftspolitiker meinen. Aber die große Frage bleibt offen, ob nicht mit seinem Niedergang auch Millionen Brüder allein schon in Deutschland untergehen müssen. Es soll deshalb im nächsten Abschnitt kurz beschrieben werden, wie in der Gegenwart sich die Arbeitslosigkeit auswirkt, zunächst nach der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Seite hin.

(Fortsetzung folgt.)

Landrüstungen.

(Ein Beitrag zur bevorstehenden Abrüstungskonferenz.)

Bei den Friedensverhandlungen kämpften zwei Ideen miteinander. Wilson erstrebte die allgemeine Abrüstung Europas, Clemenceau dagegen verfocht die allgemeine Wehrpflicht. Es gelang Wilson nicht, seine Idee durchzusetzen. Und so kam es, daß Frankreich und seine Bundesgenossen die Wehrpflicht erhielten oder behielten und daß bei den Kriegen überwindenden Völkern das angelsächsische Prinzip des Berufsheeres angewandt wurde.

Der Versailler Vertrag beließ Deutschland ein Heer von nur 100 000 Berufssoldaten. Die Organisation der Reichswehr wurde bis ins einzelne vorgeschrieben. Auf Veranlassung Wilsons aber wurde am Anfang der militärischen Bestimmungen des sog. Friedensvertrages der Satz angefügt, wonach sie „als Einleitung der allgemeinen Abrüstungsbeschränkungen“ gelten sollten. Das deutsche Recht auf allgemeine Abrüstung ist also verbrieft. Auch nicht die Sophistik eines Maginot kann es aus der Welt schaffen.

Als reines Berufsheer ist die Reichswehr eigentlich ein Fremdkörper unter den Heeren des europäischen Festlandes, auch wenn in der Nachkriegszeit der langdienende Berufssoldat stärker als bisher hervorgetreten ist.

Die Rüstungen des deutschen Heeres sind genau festgelegt. Damit ein Vergleich mit den Rüstungen der europäischen Heere vorgenommen werden kann, gebe ich nachstehend den gegenwärtigen, amtlich bekanntgegebenen Stand an:

	Friedensstärke	Maschinen-gewehre	Panzer-wagen	Tanks	Flugzeuge
Deutschland	100 000	1 926	72	—	—
Frankreich	612 000	37 000	656	2 500	2 500
Italien	388 300	4 300	588	150	1 015
England	152 000	14 200	446	330	1 547
Polen	265 900	9 700	462	320	1 000
Jugoslawien	150 000	3 956	332	30	318
Tschechei	140 000	9 800	330	30	850

Diese Vergleichstabelle spricht für sich.

Die deutschen Befestigungen an der Westgrenze, auf Helgoland und am Westteil der Ostsee sind geschleift worden. Das System der befestigten Werke an der Süd- und Ostgrenze mußte in dem Zustand verbleiben, in dem es sich bei der Inkraftsetzung des Versailler Vertrages befand. Es ist wertlos.

Dagegen schreiten die französischen Grenzbefestigungen fort (siehe Aufwärts Nr. 76). Belgien wird auch in

Kürze mit der Befestigung seiner Ostgrenze nach französischem Vorbild beginnen. Polen hat von Warschau—Grodno, von Graudenz—Posen und zuletzt um Krakau eine Reihe modernster Forts und Befestigungsmerke geschaffen. Auch die Tschechoslowakei ist mit modernst bewaffneten Grenz- und Donauforts ausgerüstet.

Die militärische Lage eines Volkes wird bekanntlich durch seine geographische Lage bestimmt. Die militärische Lage Deutschlands ist von jeher außerordentlich ungünstig gewesen. Wir sind ohne geographische Grenzen, ohne natürlichen Schutz. Im Osten und Westen ist unser Land offen. Im Süden haben wir wohl das Hochgebirge. Dieses kann aber leicht umgangen werden. Im Norden ist die See. Der Mangel an natürlichem Schutz muß durch künstlichen Schutz ausgeglichen werden. Es gibt zwei Arten künstlichen Schutzes: Verträge und Militär. Die Geschichte hat erwiesen, daß Verträge, mögen sie so gut gemeint sein, wie sie wollen, in Lebensfragen unwirksam sind. Nur die Erhaltung der eigenen Kraft, der Wehrmacht, bietet im politischen Leben der Völker Schutz und Schirm.

Die deutschen Staatsmänner der Nachkriegszeit haben bis jetzt in den papierernen Verträgen der Weisheit letzten Schluß erblickt. Die wiederholten Nachschläge haben aber auch sie gelehrt, daß eine erfolgreiche Wahrnehmung der Belange des deutschen Volkes erst dann möglich ist, wenn Deutschland seine Militärhoheit wieder erlangt oder wenn die übrigen Signatarmächte des Versailler Vertrages ihrer feierlichen Versprechung der Abrüstung nachkommen. Der Kampf um die Regelung dieser Frage ist vielleicht der schwerste der bevorstehenden Kämpfe. Er muß durchgeföhrt werden, denn er allein wird die Voraussetzungen schaffen können, die für Deutschlands politische Auferstehung unerlässlich sind. Solange dieser Kampf nicht entschieden ist, dürfen wir eine Besserung der außenpolitischen Lage nicht erwarten.

E. F. R.

Der ungarische Reichsverweser hat die Inhaberschaft des 6. Honved-Infanterie-Regiments „Ludwig der Große“ dem König von Italien verliehen.

Marshall Tschiangkaichai betont in einem Aufruf an die Armee, er wolle jetzt das Räuberunwesen unterdrücken und sich dann der Landwirtschaft widmen. Wenn ihm die Wiederherstellung der Ordnung nicht gelinge, hoffe er, auf dem Schlachtfeld sterben zu können.

Hugenberg und Oldenburg-Januschau auf dem deutschnationalen Parteitag.

Schäffler Kampf im Reichstag gegen die Notverordnung.

Unter sehr starker Beteiligung fand am Sonntag der 10. Landesparteitag der Deutschnationalen Volkspartei für Westfalen-Ost und beide Lippe an der Porta statt.

Als erster Hauptredner nahm der Parteiführer Dr. Hugenberg das Wort. Er führte aus: Das Kampffahr, in dem wir stehen, wird darüber entscheiden, ob das deutsche Volk eine Krise der Gefundheit und Befreiung durchmacht oder zum Untergang verurteilt ist. Die ungeheure Schwere dieser Entscheidung empfindet vor allem das junge Geschlecht. Die Jugend will leben. Vor dem In- und Auslande erkläre ich feierlich: Wir wollen keine Revision des Youngplans durch die Erfüllungspolitik, die uns heute regieren. Heute wird die Revision von allen gefordert, die uns noch vor zwei Jahren bei der Aufstellung der gleichen Forderung Katastrophenspolitiker und Landesverräter genannt haben. Der heutige Aufruf der Reichsregierung zur Notverordnung zeigt die grenzenlose Verlegenheit der regierenden Erfüllungspolitik.

Es gibt kein ernstes Problem als die Wiederaufholung des Youngplans. Das Kabinett Brüning kann deshalb diese Aufgabe nicht mehr lösen. Der einfache Mann im Lande ist im letzten Jahre sehend geworden und hat die Unmöglichkeit der Regierungspolitik erkannt; nur manche sogenannte Vertreter der Wirtschaft stecken immer noch auch heute den Kopf in den Sand. Sie bedenken nicht, daß Besitz ohne eine tragende Idee nichts ist als eine Seifenblase, die bald zerplatzt. Für solche Intinktos, die nicht kämpfen wollen, haben die von Kämpferwillen besetzten Massen des Volkes, vor allem die Jugend, die Frauen und die Bauern, nur Verachtung. Wer nicht kämpfen will, muß untergehen und mag dann doch gleich zu den Kommunisten laufen.

Wenn man die neuen Niederlagen des Außenministers Curtius betrachtet, so muß man sich wundern, daß ein Volk überhaupt eine solche Politik so lange duldet, die ihm tatsächlich jeden Ausweg verbaut. Wie kann ein Reichskanzler noch Führer sein wollen, der mit einem so hoffnungslos geschlagenen Außenminister zu Verhandlungen nach England zieht? Brüning als Reichskanzler ist doch schließlich verantwortlich für alle Fehler, die seine Minister in methodischer Regelmäßigkeit wiederholen, immer aus der Verliebtheit in die veraltete Vorstellung heraus, links läge irgend eine Möglichkeit der Rettung. Ich habe seit Herbst 1929 immer von Neuem die Bereitwilligkeit zur Zusammenarbeit mit dem Zentrum auf der Grundlage einer rettenden Politik betont. Heute dröhnt statt dessen — vgl. Notverordnung — ein neuer Schmersschlag der Zerstörung wertvollen deutschen Erbes an unser Ohr. Glaubt man, die nationale Opposition, die letzte Hoffnung Deutschlands, und ihre Führer narren zu können? Personen sind uns nichts, Deutschland alles. Aber wenn man glaubt, die Führer verfehlen zu können, so wird die Bewegung nur um so argwöhnischer und schärfer. Es ist doch ganz selbstverständlich, daß wir unsere Rechte in der Geschichte dieses Landes in die Hand nehmen wollen. Sollten wir aber vorher ausgehungert oder vernichtet oder sonst irgendwie der Fähigkeit zur Tat beraubt werden, so müssen es doch Leute von unserem Geist und Blut sein, denen die Verantwortung zufällt — nicht Leute eines an sich selbst irre gewordenen Bürgertums, nicht Vertreter einer verklingenden Welt- und Wirtschaftsauffassung, sondern Volksgenossen, die an die Gemeinschaft ihres Volkes glauben.

Wir kämpfen in der Gewissheit, daß Deutschland nicht zugrunde geht, sondern höchstens der in sich verfallende Teil des Bürgertums. Die unterirdischen Kräfte des Vol-

keswismus warten auf ihre Stunde, wenn ihnen nicht im letzten Augenblick noch durch uns Einhalt geboten wird. Die Kurpfuscher und schlechten Ärzte, die im letzten Jahrzehnt an der Herrschaft waren, müssen abtreten. Alle Steuerversprechungen und Verheißungen, mit denen sie uns den Youngplan schmachten wollten, haben verflucht. Heute ist die Reichsregierung immerhin schon so bescheiden geworden, daß sie nur noch ihrer Hoffnung Ausdruck gibt, daß wenigstens im laufenden Jahre neue wesentliche Mehrbelastungen nicht mehr nötig würden.

Die Politik Brünings hat zwangsläufig zum Kampf aller gegen alle geführt. Ich rufe dagegen alle Stände unseres Volkes auf: Laßt euch nicht gegeneinander verheizen! Nur wenn wir zusammenstehen, kann Deutschland wieder in die Höhe kommen.

Wir verlangen den alsbaldigen Zusammentritt des Reichstags zwecks Aufhebung der Notverordnung. Wir sind gespannt darauf, ob die Sozialdemokratie diesem Antrage zustimmt oder trotz aller großen Worte durch Ablehnung des Zusammentritts dem Kabinett Brüning und seiner Notverordnung wiederum Hilfestellung gibt und dadurch die ganze Heuchelei ihres politischen Spiels erneut bestätigt.

Wenn der Reichstag zusammentritt, werden wir erscheinen und so lange im Hause bleiben, wie es uns sachlich richtig erscheint. Neben der Aufhebung der Notverordnung werden wir für unsere Anträge kämpfen, die der Rettung der Landwirtschaft den Weg bahnen sollen und die u. a. die Streichung der Polizeizuschüsse an das rote Preußen fordern.

Wenn man nach dem allmählich reichlich abgebrauchten Rezept die halb bange, halb höhnische Frage an uns richtet, wie wir es machen wollten, so werden wir den regierenden Parteien eine Philippika lesen, deren Kern heute sehr nahe liegt: unsere vielfachen positiven Vorschläge habt ihr halb mit Verlegenheit totgeschwiegen, halb mit Entstellung und Spott ihres Sinnes entkleidet. Aber das Schlimmste, was ihr ein über das andere Mal tut, ist das: ihr tut so, als wenn ihr diesen oder jenen Kern unserer Gedanken aufnehmen wolltet — so wie jetzt wieder den Kampf gegen den von euch selbst gemachten Youngplan — und dann reißt ihr unsere Gänge zu Tode, dann macht ihr aus unseren Plänen das Gegenteil des Gewollten.

Wir kämpfen gegen die Not unseres Volkes. In diesem Kampf braucht, je größer die Einsicht im Lande ist, um so weniger die Not selbst, als Lehrmeister des Volkes, unser Bundesgenosse zu sein. Wir wünschen uns diesen Bundesgenossen der Not nicht. Wir kennen ihn schon übergenug. Wir wünschen uns andere Bundesgenossen: Einsicht und Tapferkeit. Laßt uns die Feigen und Törichteren durch Mut und Einsicht überwinden, die Tapferen zu unseren Kameraden machen und die Bösen schlagen. Heil unserem Volke!

Der nächste Redner, Dr. Stadler-Berlin, Mitglied der Bundesleitung des Stahlhelms, gab einleitend eine Charakteristik des Reichskanzlers Brüning, bei dem man neben seiner Klugheit auch seine reine Beste anerkennen müsse, was bei den Herrschenden des letzten Jahrzehnts nicht unbedingte Selbstverständlichkeit sei. Brüning sei aber ein Laviere und keine Kämpfernatur, wie wir sie heute brauchen. Er sei geradezu der Bethman-Hollweg unserer Tage. Vielleicht würde man mit ihm wohl ein Stück Wegs zusammengehen können, wenn er nicht führe, sondern geführt werde. Das System Brüning sei dagegen nichts anderes als ein System der fortgesetzten Halbheiten.

In der nationalen Opposition kämpfen Deutschnationale, Nationalsozialisten und Stahlhelmer in treuer Bundesgenossenschaft. Bei den Deutschnationalen seien nicht

die Bürger zu finden, die nichts als Bourgeois seien, sondern Kämpfernaturen. Die instinktivsten deutschen Frauen und das in Ewigkeitswerten verwurzelte deutsche Bauerntum gehöre deshalb in die deutschnationale Front. Der deutsche Politiker unserer Tage müsse stur sein wie Hugenberg; ihn dürfe nicht Intellektualismus, sondern müsse Leidenschaft und heißes Wollen beseelen, wie es der Bauernschädel Hugenbergs zeige. Hugenbergs Wert werde in der Geschichte einmal daran erkannt werden, daß er im Jahre 1928 den Bruch mit schwankenden Kompromissnaturen durchführte und dabei seine ganze Partei aufs Spiel setzte.

Alles Neue in der Geschichte erwachse aus einem Nationalismus, der im eigentlichen Wortsinne bis an die Wurzeln des Geschehens gehe. Die Deutschnationalen würden in dem nächsten Kampffahr der Entscheidung die Nachmittage sein, um die sich die neue Front zusammenballe. Gegen die Leidenschaft des todbringenden Bolschewismus setze diese neue Front die Leidenschaft eines kämpferischen Nationalismus.

Als letzter Hauptredner nahm Abg. Kammerherr v. Oldenburg-Januschau das Wort, der nach einem Gedenken für den verstorbenen Führer der westfälischen Landwirtschaft, Freiherr v. Ledebur, in herzlicher Weise seinen alten Kampfgenossen der Vorkriegszeit, den deutsch-konservativen Reichstagsabgeordneten Sielermann-Holten begrüßte und dann ausführte: „In unbedingter Treue stehe ich zu unserem Führer Hugenberg. Unter ihm ist die Deutschnationale Volkspartei in den letzten Kampffahren zu einer geschlossenen kampfkraftigen Truppe geworden und als solche wertvoller als ein großer Haufen, der der inneren Geschlossenheit entbehrt.“

In den letzten Monaten hat sich verschiedentlich der preussische Ministerpräsident Braun mit mir beschäftigt. Er meinte, niemand könne preussischer als er regieren, da er selbst aus Ostpreußen stamme.

Herr Braun hat vom Preußentum gar keine Ahnung. Wenn ich einmal Brauns Nachfolger würde, so würde ich mich wundern, wie verschieden Leute handeln können, die aus Ostpreußen stammen.

Was man in diesen Tagen mal wieder Sanierung nennt, ist in spätestens 3 Monaten mit Sicherheit wieder am Ende. Neue Steuererhöhungen bedeuten nichts anderes als verminderte Steuereinnahmen. Heißliche Notzeiten wie heute hat unser Volk schon mehrfach durchgemacht müssen.

Ich will die von Hugenberg für den Reichstag angebrachten Anträge der Deutschnationalen noch ergänzen. Wir fordern die Aufhebung des Republiksschutzgesetzes, denn wir wollen wieder so frei sprechen können wie damals, als wir unsere Könige und Fürsten hatten. Wir werden ferner einen Antrag einbringen, in dem die Gelder für den Völkerbund und den ganzen Genfer Unsinn versagt werden. Wenn ich den Völkerbund, der nichts anderes als ein Bund zur Niederhaltung unseres Vaterlandes ist, betrachte, so fällt mir immer das Verslein ein, mit dem man einst den alten deutschen Bund charakterisiert hat: „O Bund, du Hund, du bist nicht gesund.“

Die Parteien der Mitte haben seit einem Jahrzehnt ein ununterbrochenes Sündenregister aufzuweisen, das von der unfeligen Friedensresolution über das Verbrechen der Revolution und Inflation zu der Korruption unserer Tage geführt hat. Gewiß muß man auch Kämpfe mit anderen Parteien einmal vergessen können. Mit den Mittelparteien werden wir aber erst dann wieder zusammengehen können, wenn sie, vor allem Deutsche Volkspartei und Zentrum, einer gründlichen Säuberung unterworfen sind.

Wenn wir in diesem entscheidenden Kampffahr unsere Schuldigkeit tun, dann ist die schwarzrote Koalition in

Reichstagung des Bundes deutscher Bibelfreier (B.B.).

Pfingsten 1931 in Greiz.

Eine weite Talaue, durch die sich in zahllosen Windungen die Weiße Elster ihren Weg bahnt, war der Lagerplatz der 2000 B.B.-ler auf ihrem diesjährigen Treffen. Wohl 100 Zelte erhoben sich da in einem riesigen Viereck weißleuchtend aus dem Grün des Wiesengrundes; ringsum geschützt durch Berge, aus deren Buchenwälder malerische Felsengruppen herausragten. Wie ein Symbol grüßte vom höchsten Gipfel ein Denkmal in Kreuzform.

In diesem Rahmen bewegte sich die erste Zusammenkunft der Bibelfreier als „Bund“, und damit hob sie sich deutlich von den drei früheren „Reichs-B.B.-ler-Treffen“ ab, die seit Kriegsende das Wollen der ganzen Bewegung zum Ausdruck gebracht hatten. Ganz bezeichnend brachte vor zehn Jahren das erste Treffen auf der Gleichenburg eine Befinnung auf das „Erleben des Christus“, das nächste Mal ging es um „die Bibel und Du“, die Bibel und Dein Volk und vor drei Jahren suchte man „die Wirklichkeit des Geistes“ zu erkennen. Hier in Greiz traten die Fragen christlicher Gewissheit zwar nicht in den Hintergrund, aber daneben standen groß die Aufgaben, denen sich die christusgebundene Jugend in der gegenwärtigen Lage gegenübergestellt sieht.

So ergab sich eine Zerteilung der Themen. Den Auftakt bildete die Pfingstpredigt von D. Stange über Römer 13, 12. „Die Nacht ist vorgerückt, der Tag aber nahe herbeigekommen: so laßt uns ablegen die Werke der Finsternis und anlegen die Waffen des Lichtes.“ — Nach diesem Weckruf führte der Vortrag des Reichswartes Udo Schmidt „In der Gewalt des Heiligen“ zur Befinnung auf die Grundlagen christlichen Seins. Denn in dieser „Gewalt“ schaut die Bibel alle Menschen, auch solche, die ihr entfliehen wollen durch offene Ablehnung oder verflüchtenden Pantheismus und Idealismus. In der

Gewalt des Heiligen heißt stehen „im Werden und nicht im Wordensein“, wobei es nicht darauf ankommt, wie der Mensch mit Gott fertig wird, sondern daß Er mit uns fertig wird nach Seinem Willen! Ein solches Lebensziel übersteigt wohl Menschenkraft, ist aber möglich in Gotteskraft, indem man als Besiegter auf Seiten des Siegers steht.

In den darauffolgenden Arbeitsgruppen kam das Suchen nach gemeinsamer Stellungnahme den Zeiterfahrungen gegenüber zum Ausdruck, indem neben Themen wie „Was ist Sünde“, — „Trieb und Evangelium“, nun mit brennender Anteilnahme behandelt wurde: „Unser Bund und die Kirche“ — „B.B. und Mission“ — „Die Bedeutung von Volkstum und Rasse“ — „Der Staat als Aufgabe“ — „Die Aufgabe des B.B.-lers im Nationalsozialismus“ — „Der Säkularismus innerhalb der Welt des Schülers“. — In all diesen Problemen ging es nicht mehr um persönliche Entscheidungen, sondern um Gewinnung einer alle verpflichtenden Haltung.

Als beim gewaltigen Flammenstoß der Schlussfeier die vier Strophen des Deutschlandlieds durch das Waldtal brausten, blieb wohl keiner unbewegt, sonst aber stand das Treffen weniger im Zeichen einer plötzlichen und darum kurzlebigen Begeisterung, als vielmehr unter der Erkenntnis großer Aufgaben im Volke und Vaterland, denen nur ein Bund „in der Gewalt des Heiligen“ gewachsen ist.

Ein Seufzer im deutschen Frühling.

Der schwere Winter ist vergangen, der holde Frühling hat seinen Einzug gehalten mit Sonnenschein und warmer Luft, mit Vogelgesang und Blütenduft. Wieviel wurde schon von alters her gesungen und gesagt von Frühlingsherrlichkeit, die auch das schwerste Herz froh und weit macht. Wie steht es damit in diesem Jahr in Deutschland? Ich will zunächst einmal von denen reden, die fast in Vergessenheit geraten sind, von den „Opfern der Inflation“, von den Kleintrentnern. Es ist bekannt, daß es

sich hierbei meistens um gebildete Menschen handelt, die früher in behaglichen Verhältnissen lebten, die ihr Geld nicht im Bettstroh verbargen, sondern es ausliehen und dadurch beitrugen, daß die Betriebe in Staat und Ländern, in Kommunen, Landwirtschaft und Industrie in Gang blieben. Heute sind sie Almosenempfänger, und daß sie es heute noch sind, daß sie immer noch keinen Rechtsanspruch auf eine angemessene Rente haben, das ist die Schuld aller Parteien, auch der rechten und Mittelparteien, die vor den Wahlen immer viel versprochen und hinterher nichts hielten. Und was hat der Frühling mit den Kleintrentnern zu tun? Nun, es setzen überall Sparmaßnahmen ein, natürlich von unten anfangend, man kürzt die an sich schon kläglichen Beihilfen der Kleintrentner geradezu unerhört, besonders da, wo etwas aufgewertetes Vermögen wieder einige Mark Zinsen bringt. Einer Einzelperson sollen, so sagt der Reichstag, im Monat wenig mehr als 60 Mark zustehen, zusammengelegt aus Beihilfe, Zinsen und Nebenverdienst! Wie man davon Rente, Lebensmittel, Heizung, Licht, Kleidung bezahlen soll, ist unermesslich, aber darum macht sich die Stadtverwaltung keinen Kummer.

Ein anderes Bild. Eine Witwe von 85 Jahren aus Handwerkerkreisen erzählt weinend, daß sie gerade den neuen Steuerzettel erhalten habe. Sie besitzt zwei Häuser, vermietet in ihrer eigenen Wohnung zwei Zimmer und versorgt (in ihrem Alter!) täglich ihre zwei Herren ganz allein. Schon seither wollte es kaum reichen, von größeren, so notwendigen Reparaturen an den Häusern war gar keine Rede, oder richtiger, Rede war oft davon, aber keine Möglichkeit dazu. Aber jetzt erst! Es war ergreifend, ihre Klage zu hören, wie sie in ihrem hohen Alter noch arbeiten müsse, wie sie auf alles verzichten müsse, wie sie immer mehr vereinsame, wie sie kaum mehr eine Karte oder einen Brief schreiben oder ein noch so kleines Geschenk machen könne. „Ich verstehe es sehr gut, daß Menschen den Gasbalm aufstreichen“, sagte sie, „dann sind sie es los und haben Ruhe.“ Deutscher Frühling 1931!

preußen erledigt den von der La Jahrzehnten in soll unter Hugen

Condor Empfäng nächste Schrift

Reichskanzler Dr. Curtius begab von Neurath in Gasse vom englisch Der deutsche Volk den Minister des entspann sich einer der Audienz beim zu Ehren der deut

In Pressekon sprechungen liegt vor, in der es hei

Die Bespred erfüllt. Zweck der zu bringen oder e sie auch nur zu jede Seite mit E Seite vertraut zu

Die Tafsache, wertvolle Leistu

Die Probleme fin nicht verschwunde amtlichen Commu diesem Sinne wer anderen beteiligte

Während der entweder direkt o plan vorgesehenen drohenden Sturm werden, wenn ma d. h. bis Deutschla Transfer eines z uhalten und dan bigerlandes zu re an Amerika unfa machen.

Mit jedem T solche Lage mögl Folgen würden

Rampf

Dr. Brüning Am Montag deutschen Minister des königlichen In den Teilnehmern lichkeiten des öffen äußerte der Leiter über den Besuch r erste Minister un Staaten Europas seien.

R dankte für die fre das Institut ein lichung des großen Staatsmänner h internationalen Weltfriedens. Der die Wirtschaft

Unsere beiden Vän der Weltdepressio arbeitslosen Mitb

Die freundschaft mit Ihren veran beiden Parteien teiligen Schwierig kommunike gese den, eine Zusam menen Ländern besser, und ich b mens ein günstige Welt finden wird. Beifallsstundgebun

Am Vormitte genisch des Frü Gesellschaft i Königsempfang e dabei seiner Ueber schaftliche Bezie Deutschland ein päulischen Angelege

Am Abend g der Botchaft für Ma c d o n a l d u Offen fand ein E diplomatischen Mi schaftlichen und wi Stadt eingeladen u

Her London, 9 der Einladung n Außenminister C an ihre englische im Laufe des C machen. — Wie beim Außenmin Staatsmännern d beteiligten Mächte

geis seien,
n deutschen
lle deutsche
chnationale
müsse für
aktualismus,
n befehlen,
ugenbergs
kannt wer-
wankenden
eine ganze

einem Na-
bis an die
nationalen
ntcheidung
ont zusam-
enden Vol-
chaft eines

merherr v.
em Geben-
den Land-
eise seinen
deutsch-kon-
ann-Hofen
unbedingter
Unter ihm
en letzten
pfährstige
s ein groß-
beht.

entlich der
beschäftigt
regieren,

de Ahnung.
würde e
önnen, die

Sanierung
eit wieder
nichts an-
liche Not-
sch durch-

stagnation
noch
ung des

wieder
nere Kö-
einen An-
Bücherbund
en. Wenn
Bund zur
te, so fällt
den alten
du Hund,

Jahrzehnt
eisen, das
s Verdre-
ruption un-
Kämpfe
t. Mit den
er zusam-
e Bolks-
ing unter-

hr unsere
alition in

andelt, die
hr Geld
eisen und
und Län-
dustrie in
nger, und
ch keinen
te haben,
chten und
l verspra-
der Früh-
gen über-
n anson-
Beihilfen
da, wo et-
ark Zin-
Richtak,
zusammen-
mit! Wie
Kleidung
ht sich die

hren aus
e gerade
eigt zwei
zwei Zim-
zwei Her-
en reichen,
den Sä-
e war oft
erst! Es
in ihrem
alles ver-
wie sie
oben oder
h verführe
e. Deut-
W. L.

Preußen erledigt. Erst dann kann auch meinen Freun-
den von der Landwirtschaft geholfen werden. Was in
Jahrzehnten in Preußen-Deutschland geschaffen war, das
soll unter Hugenberg's Führung in einem gesunden na-

tionalen Deutschland neu entstehen. Wir kämpfen für ein
Vaterland, in dem unsere Jugend in einem machtvollen
Heer, wie wir es im alten königlichen Preußen hatten,
erlittigt wird. Die Jugend gehört uns."

Audienz beim König.

Londoner Empfänge zu Ehren der deutschen Gäste. — Der
nächste Schritt: Verwirklichung der Zusammenarbeit.

— London, 9. Juni.

Reichskanzler Dr. Brüning und Reichsaussenminister
Dr. Curtius begaben sich in Begleitung des Botschafters Dr.
von Neurath in den Buckinghampalast, wo die deutschen
Gäste vom englischen König in Audienz empfangen wurden.
Der deutsche Botschafter stellte dem König den Kanzler und
den Minister des Auswärtigen vor. Im Anschluß daran
entspann sich eine längere Unterhaltung. Nach Beendigung
der Audienz beim König gab die Anglo-German Association
zu Ehren der deutschen Minister ein Frühstück.

In Pressekommentaren zu den englisch-deutschen Be-
sprechungen liegt eine neue Auslassung des "Daily Herald"
vor, in der es heißt:

"Die Besprechungen von Chequers haben ihren Zweck
erfüllt. Zweck der Besprechungen war nicht, Pläne zustande
zu bringen oder endgültige Maßnahmen zu beschließen oder
sie auch nur zu erörtern, sondern die Lage zu prüfen und
jede Seite mit Standpunkt und Problemen der anderen
Seite vertraut zu machen.

Die Tatsache, daß dies geschehen ist, bedeutet eine
wertvolle Leistung. Sie ist genau in dem Maße wert-
voll, wie sie verwertet wird.

Die Probleme sind erörtert worden; aber sie sind dadurch
nicht verschwunden. Der nächste Schritt ist, den Satz des
amtlichen Communiqués zu verwirklichen, der besagt, in
diesem Sinne werden beide Regierungen sich bemühen, die
anderen beteiligten Regierungen zu bekämpfen.

Während der nächsten Monate müssen die Regierungen
entweder direkt oder durch Genuß oder in der vom Young-
plan vorgesehenen Weise Maßnahmen ergreifen, um den
drohenden Sturm abzuwenden. Es würde eine Katastrophe
werden, wenn man warten würde, bis der Sturm losbricht,
d. h. bis Deutschland von seinem Recht Gebrauch macht, den
Transfer eines Teiles seiner Reparationszahlungen an-
zuhalten und damit ein Loch in die Budgets jedes Gläu-
bigers zu reißen und die Zahlung der Kriegsschulden
an Amerika unsagbar schwierig, wenn nicht unmöglich zu
machen.

Mit jedem Tage wird es deutlicher, daß im Herbst eine
solche Lage möglich oder beinahe unvermeidlich ist. Die
Folgen würden unbeschreiblich, die indirekten Wirkungen

Rampf gegen die Weltkrise.

Dr. Brüning über das Ergebnis von Chequers.

Am Montagmittag fand in London zu Ehren der
deutschen Minister ein Empfang im Chatham-House, dem Sitz
des königlichen Instituts für auswärtige Politik, statt. Unter
den Teilnehmern befanden sich zahlreiche führende Persön-
lichkeiten des öffentlichen Lebens. In einer kurzen Ansprache
äußerte der Leiter des Instituts seine große Befriedigung
über den Besuch und betonte, es sei das erste Mal, daß der
erste Minister und der Außenminister "eines der großen
Staaten Europas" in den Räumen des Instituts erschienen
seien.

Reichskanzler Dr. Brüning

danke für die freundliche Begrüßung und hob hervor, daß
das Institut ein sehr günstiger Faktor bei der Verwirkli-
chung des großen Zieles sei, auf das alle verantwortlichen
Staatsmänner hinstreben, nämlich der Förderung der
internationalen Zusammenarbeit und der Erzielung des
Weltfriedens. Der Reichskanzler betonte die Notwendigkeit,
die Wirtschaftskrise der Welt zu bekämpfen und die
Wohlfahrt wiederherzustellen.

Unsere beiden Länder, sagte er, erfahren das volle Gewicht
der Weltdepression mit der Not, die sie für Millionen von
arbeitslosen Mitbürgern bringt.

Die freundschaftliche Besprechung in Chequers, die wir
mit Ihren verantwortlichen Staatsmännern führten, haben
beiden Parteien eine Gelegenheit gegeben, unsere gegen-
seitigen Schwierigkeiten zu erörtern. Wie sie durch das
communiqué gesehen haben, ist gegenseitig vereinbart wor-
den, eine Zusammenarbeit zwischen allen in Betracht kom-
menden Ländern zu suchen, um die bestehende Lage zu ver-
bessern, und ich bin sicher, daß dieser Geist des Einverneh-
mens ein günstiges Echo bei der öffentlichen Meinung der
Welt finden wird. — Die Rede des Reichskanzlers rief laute
Beifallstundgebungen hervor.

Am Vormittag hatte Reichskanzler Dr. Brüning ge-
legentlich des Frühstücks, das die Englisch-deutsche
Gesellschaft den deutschen Gästen im Anschluß an den
Königsempfang gab, bereits einmal gesprochen. Er gab
dabei seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß enge und freun-
dschaftliche Beziehungen zwischen Großbritannien und
Deutschland ein unbedingt wesentlicher Faktor in euro-
päischen Angelegenheiten sind.

Am Abend gab der deutsche Botschafter ein Diner auf
der Botschaft für die deutschen Herren und Premierminister
Macdonald und Mitglieder seines Kabinetts. Nach dem
Essen fand ein Empfang statt, zu dem die Chefs aller
diplomatischen Missionen und Vertreter des geistigen, gesell-
schaftlichen und wirtschaftlichen Lebens der englischen Haupt-
stadt eingeladen waren.

Henderson kommt nach Berlin.

— London, 9. Juni. Dem Vernehmen wird Henderson
der Einladung nach Berlin, die Reichskanzler Brüning und
Außenminister Curtius bei ihrem Abschied von Chequers
an ihre englische Gastgeber richteten, Folge leisten und noch
im Laufe des Sommers einen Gegenbesuch in Berlin
machen. — Wie verlautet, besteht beim Reichskanzler und
beim Außenminister die Absicht, Besprechungen mit
Staatsmännern der anderen an der Reparationsregelung
beteiligten Mächte im Laufe des Sommers folgen zu lassen.

auf den Kredit erschütternd sein. Störung der Reparations-
zahlungen würde nur der erste Teil einer ganzen Kette
wirtschaftlicher Erschütterungen werden. Die Frist wird mit
jedem Tage kürzer, und die Unterredungen in Chequers
werden gar nicht abzuschätzenden Wert haben, wenn sie in
absehbarer Zeit zu internationaler Zusammenarbeit führen,
um der Krise zu entgehen, deren Schatten die Welt bedeckt."

"Daily Express" überschüttet Amerika mit Vorwürfen
sowohl wegen des finanziellen Anteils, den es aus seinen
Kriegslieferungen gezogen habe, obwohl sie für eine gemein-
same Sache bestimmt waren, als auch wegen seiner Schul-
denpolitik. Das Blatt schreibt wörtlich:

"Ein verarmtes Deutschland bittet um Zahlungsausschub.
Ein mit Gold überfülltes Amerika kann seine Waren
nicht verkaufen, weil seine ausländischen Kunden kein Geld
haben, und ein unter der Depression leidendes Groß-Britan-
nien nimmt Geld von Deutschland, welches es schlecht ent-
behren kann, um es an Amerika weiterzugeben, wo man es
gar nicht brauchen kann."

Das Blatt findet, an Amerika sei es jetzt, den ersten
Schritt zu tun, um die Welt vom Fluch der Kriegsschulden
zu befreien.

Der Zweck des Besuches erreicht.

— Berlin, 9. Juni.

In Berlin ist man in den der Reichsregierung nahe-
stehenden Kreisen der Auffassung, daß der deutsche Besuch
in England seinen Zweck erreicht hat. Auch die offene Stel-
lungnahme der französischen Presse gegen Chequers bemerke,
daß Deutschland erreicht habe, was es von der Wochenend-
Begegnung hätte erwarten können. Besondere Bedeutung
legt man der Tatsache bei, daß der Reichskanzler und Dr.
Curtius außer mit dem britischen Ministerpräsidenten auch
mit dem Handelsminister Graham, Sir Keith-Roh aus dem
Schaham und dem Gouverneur der Bank von England,
Montague Norman, verhandeln konnten.

Die Forderung auf Einberufung des Reichs-
tags wird von amtlicher Seite als bedenklich bezeichnet.
Die Regierung, so erklärt man, müsse jetzt ihre volle Hand-
lungsfreiheit haben, um die in Chequers so günstig ein-
geleiteten Verhandlungen fortführen zu können. Diese
Handlungsfreiheit würde durch unfruchtbare Diskussionen
im Parlament aber nur beeinträchtigt werden.

...so ist's!
Bohnenkaffee
schmeckt gut. — Aber
Kathreiner
schmeckt auch sehr gut!
Und ist dabei billiger,
viel (!) billiger...

Auch Mellon besucht Europa.

Zweimonatiger Aufenthalt in England und Frankreich
vorgeesehen.

— New York, 9. Juni.

Wie verlautet, wird Schatzsekretär Mellon, der Leiter
der Finanzpolitik der Vereinigten Staaten, in der nächsten
Woche nach Europa reisen, um in England und Frankreich
einen zweimonatigen Urlaub zu verbringen. Nach der Dar-
stellung der amerikanischen Presse will Mellon Cambridge
besuchen, wo sein Sohn sein Universitätsstudium abschließt,
in London den letzten Besuch Montagu Normans erwidern
und auch mit anderen Persönlichkeiten zusammentreffen,
wobei ohne Zweifel der Verfall der deutschen Reichsregie-
rung erörtert werden werde. Der Aufruf der Reichsregie-
rung ist übrigens Präsident Hoover sofort nach seinem
Landhaus Rapidan telefonisch mitgeteilt worden.

Der Berichterstatter des der englischen Regierung nahe-
stehenden Londoner "Daily Herald" schreibt zu der Europa-
reise Mellons: "Mellon und Stimson werden also zur glei-
chen Zeit in Europa sein. Es gilt als sicher, daß sie die
Schulden- und die Reparationsfrage erörtern und dabei vor
allem auch die deutsche Finanzkrise behandeln werden. Prä-
sident Hoover, der sich gegenwärtig auf dem Lande erholt,
beobachtet die Lage mit Aufmerksamkeit. Stimson und Mel-
lon können nichts versprechen; aber eine formlose Erörte-
rung der Dinge in Europa dürfte doch auf die Haltung
Washingtons nicht ohne Einfluß sein.

Der New Yorker Korrespondent des "News Chronicle"
sagt: "Man darf nicht erwarten, daß die beiden amerika-

nischen Staatsmänner namens der amerikanischen Regie-
rung eine Schuldenverminderung werden versprechen kön-
nen. Der einzige Hoffnungsschimmer liegt in der Mög-
lichkeit, daß Präsident Hoover den kühnen Schritt tut, eine
Herabsetzung der Schulden gegen eine weitgehende Ab-
rüstung in Europa anzubieten."

Der Washingtoner Korrespondent der "Times" meldet:
"Der für den Besuch Mellons gewählte Zeitpunkt hat natür-
lich Anlaß zu den aufgeregtesten Mutmaßungen gegeben;
aber eine Persönlichkeit, die Mellon sehr nahe steht, ver-
sichert, daß die Reise des Schatzsekretärs wirklich nur
eine Erholungsreise ist, die einem Besuch bei seinem Sohne
in Cambridge und bei seiner Tochter an der Riviera
gelten soll."

Kirchenvertrag im Landtag.

Der preussische Kultusminister Dr. Grimme erläutert
den Vertrag.

— Berlin, 9. Juni.

Der Wiederbeginn der Plenararbeiten des Preussischen
Landtags gestaltete sich lebhaft. Sogleich nach Eröffnung der
Sitzung wandte sich ein kommunistischer Redner gegen die
Notverordnung und beantragte die sofortige Beratung eines
Mißtrauensantrages gegen das Staatsministerium. Nach-
dem der kommunistische Antrag am Widerspruch der Regie-
rungspartei gescheitert war, trat der Landtag dann in die
Tagesordnung ein. Zur Debatte stand als einziger Punkt
der Vertrag mit den evangelischen Landeskirchen.

Kultusminister Dr. Grimme leitete die Beratungen
ein und erklärte, zwei Beweggründe hätten die Staats-
regierung zum Vertragsabschluß bestimmt: die Rücksicht auf
die Parität und die Notwendigkeit einer Neuordnung des
Verhältnisses zwischen Staat und Kirche. Die evangelische
Kirche sei jetzt institutionell so aufgebaut, daß sie dem Staat
in gleicher Selbständigkeit gegenüberstehe, wie es bei der
katholischen Kirche schon früher der Fall gewesen sei. Die
Lösung der Kirche vom Staat stelle die Kirche auf sich
selbst; dem Staat auf der anderen Seite gebe sie jene Be-
wegungsfreiheit, deren er bedürfe, wenn er zu sämtlichen
Religions- und weltanschaulichen Gemeinschaften in ein
Verhältnis echter Parität eintreten wolle. Die Sicherung
der Staatshoheit,

die politische Klausel.

sei während der Verhandlungen am stärksten umstritten ge-
wesen. Diese Klausel setze der Freiheit der Kirchen eine
Grenze, die aber nicht von der angeblichen Willkür staat-
lichen Machtwillens gezogen sei, sondern es sei die natürliche
Grenze, die zwischen der Freiheit der Kirche und der Freiheit
des Staates zu beachten sei. Die Anerkennung der politischen
Klausel durch die Kirchen stelle ein Politikum ersten Ranges
dar. Sie sei zu werten als Ausdruck des kirchlichen Ver-
antwortungsbewußtseins gegenüber der in der Verfassung
bestimmten staatlichen Lebensform. Diese Deutung werde
unterstrichen durch eine Erklärung, die im Laufe der Ver-
handlungen von den Kirchen abgegeben worden sei und fol-
genden Wortlaut habe:

"Die Forderung des Staates, in die unter Artikel 7 fal-
lenden kirchlichen Ämter Personen von unabweisbar
loyaler Einstellung zur Verfassung zu berufen, wird von
den Kirchen anerkannt."

Auf alle Fälle spreche sich in ihr der Wille der Kirchen-
behörden zu einem positiven Verhältnis zum Staat aus, so
daß diese Verlautbarung die Ueberwindung des Mißtrauens
in republikanischen Kreisen gegenüber der politischen Ein-
stellung der evangelischen Kirchen anbahnen helfe.

In der Aussprache

äußerte Abg. Koch-Deynhagen (Dnat.) kurz Bedenken gegen
die politische Klausel und behielt sich eine ausführliche Stel-
lungnahme bis nach den Ausschußverhandlungen vor. Abg.
Riders (Soz.) begrüßte, daß Schulfragen aus dem Kirchen-
vertrag herausgelassen wurden und fordert Parität für die
Freidenkerorganisationen. Abg. Dr. Ausländer (Komm.)
lehnte den Vertrag ab. Abg. Stendel (DVP.) bejauerte die
Verzögerung des Vertrages; die Bedenken gegen den Ver-
trag seien so groß, daß ein Teil seiner Fraktion ihm nicht
zustimmen könne. Abg. Baeder-Berlin (Dt. Fr.) wandte
sich gegen die politische Klausel. Abg. Graue (Staatspt.)
stimmte dem Vertrag trotz verschiedener Bedenken zu, ebenso
die Abgeordneten Hestermann (B. P.) und Lindner (Christl.
Soz. Volksdienst).

Abg. Graf von Posadowitz-Wehner (Volksrechtspartei)
bezeichnete den Vertrag als mit den Grundsätzen der Reichs-
verfassung unvereinbar.

Damit war die Aussprache beendet. Nach Ueberweisung
des Kirchenvertrags an den Ausschuß vertagte sich das Haus
auf Mittwoch. Auf der Tagesordnung steht die zweite
Lesung des Kirchenvertrages.

Fraktionsitzungen im Reichstag.

Vertagung des Aeltestenrats? — Die Sozialdemokraten
melden sich beim Kanzler an.

— Berlin, 9. Juni.

In den nächsten Tagen halten fast sämtliche Fraktionen
des Reichstags Sitzungen ab. Den Anfang macht die Frak-
tion der Deutschen Staatspartei, die sich im Verlaufe des
heutigen Dienstags verammelt. Dann folgt der Vorstand
der sozialdemokratischen Fraktion, der zu seinen Beratungen
auch den Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerks-
chaftsbundes hinzuziehen wird. Der Vorstand und die
Fraktion der Wirtschaftspartei werden Mittwoch zusamen-
treten. Am Donnerstagmittag findet die volksparteiische
Fraktionsitzung statt, während die sozialdemokratische
Fraktion am Freitagvormittag um 11 Uhr zusammentreten
wird. Die Zentrumsfraktion ist für kommenden Sonntag
nach Hildesheim einberufen worden, und die deut-
sch-nationale Reichstagsfraktion für nächsten Montag nach
Berlin. Mit besonderer Spannung sieht man der für kom-
menden Mittwoch nachmittags 4.30 Uhr einberufenen
Sitzung des Aeltestenrats entgegen. Mit Rücksicht auf die
bedorftenden Fraktionsitzungen will man in parlamenta-
rischen Kreisen wissen, daß sich der Aeltestenrat auf nächste
Woche vertagen wird, um den Fraktionen Zeit zu geben,
ihre endgültige Haltung zu klären.

Wie weiter verlautet, wollen die Führer der sozial-
demokratischen Fraktion den Reichskanzler sogleich nach sei-
ner Rückkehr aus England aufsuchen, um zunächst Näheres
über den Verlauf und das Ergebnis von Chequers zu er-
fahren und um klarzustellen, ob der Reichskanzler bzw. die
Reichsregierung die Notverordnung als unveränderlich be-
trachten.

